

## **Ersatzveranstaltung für Compact-Fest: MLPD fordert Verbot in Gera**

Versammlungsbehörde ignoriert Gefahren von faschistischer Ersatzveranstaltung in Gera, bezieht sich auf fragwürdige Expertise.

## **Behördenentscheidungen und ihre Auswirkungen auf die Wahlen in Gera**

Die Festlegung von Versammlungen und Veranstaltungen in Gera hat kürzlich für Aufruhr gesorgt, da eine Alternative zu einer zuvor verbotenen Veranstaltung genehmigt wurde. Diese Entscheidung stellt eine unmittelbare Herausforderung für die bevorstehenden Wahlkampfaktivitäten der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) dar, die am gleichen Tag um 15 Uhr im Kultur- und Kongresszentrum stattfinden sollten. Die MLPD hatte bereits umfassende Werbung mit Plakaten und Flyern in der Stadt durchgeführt.

## **Die Rolle der Versammlungsbehörde**

Die Versammlungsbehörde, die für die Genehmigung von öffentlichen Veranstaltungen verantwortlich ist, hat eine Diskussionsrunde abgehalten, um die Situation zu bewerten. Dabei war Dieter Ilius, ein Vertreter der MLPD, vor Ort, um persönlich zu klären, warum eine Ersatzveranstaltung der Extremisten nicht verboten wurde. Trotz mehrfacher Versuche war die Behörde telefonisch nicht erreichbar, was die Dringlichkeit des Anliegens unterstrich.

## **Vertrauen in die falschen Quellen**

Die Behörde entschloss sich, der Aussage von Christian Klar, einem als faschistisch eingestuften Veranstalter mit umstrittener Vergangenheit, Glauben zu schenken. Klar hatte behauptet, dass von seiner Veranstaltung keine Gefährdung ausgehe. Dies wird von vielen als äußerst problematisch angesehen, insbesondere da Christian Klar Verbindungen zur rechtsextremen NSU-Gruppe hatte, die für mehrere Mordfälle verantwortlich ist. Kritiker sehen diese Entscheidung als skandalös an und fordern ein sofortiges Verbot der Veranstaltung, die als Ersatz für das verbotene Compact-Fest angesehen wird.

## **Die Implikationen für die Gemeinschaft**

Die Entscheidung der Versammlungsbehörde ist von großer Bedeutung für die gesellschaftliche Lage in Gera. Das Zusammenkommen extremistischer Gruppen kann ein Gefühl der Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung hervorrufen. Die MLPD, die sich für sozialistische Ideale einsetzt, sieht sich nun einer verzweifelten Lage gegenüber, da sie um die Sicherheit und Unversehrtheit ihrer Veranstaltung besorgt ist.

## **Schlussfolgerung**

Die Ereignisse in Gera werfen ein Schlaglicht auf die Herausforderungen, vor denen die Behörden stehen, wenn es um die Regulierung von öffentlichen Versammlungen geht, insbesondere wenn Extremisten beteiligt sind. Die Bürger fordern von den zuständigen Stellen klare Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Werte und zur Sicherstellung eines gewaltfreien Dialogs in der Politik. Die Situation erfordert eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Recht auf Versammlungsfreiheit und dem Schutz der Allgemeinheit vor potenziellen Gefahren.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**